

Auswertung PPWS 3 – Kurzfassung

Am 21./22. September 2017 fand im Anthroposophischen Zentrum in Kassel der 3. nascent Praxis- und Transferpartner-Workshop statt. Thematisch widmete sich der Workshop „der Politik“ bzw. „dem Politischen“ der transformativen Unternehmen der Ernährungswirtschaft. An den beiden Tagen haben 15 Praxis- und 7 Transferpartner zusammen mit dem Forschungsteam die Möglichkeiten der Kooperation mit der etablierten Ernährungswirtschaft beleuchtet und Visionen für die Ernährungswirtschaft im Jahr 2025 sowie Gestaltungsformen einer gesellschaftlichen Transformation diskutiert. Dieses Dokument skizziert die wichtigsten Erkenntnisse des Workshops.

Kooperationen auf Augenhöhe

Es zeigt sich eine deutliche Abneigung gegenüber der Zusammenarbeit mit großen Unternehmen der etablierten Ernährungswirtschaft. Auch wenn als positives Resultat solcher Kooperationen eine erhöhte Reichweite und eine Adressierung anderer Milieus (z.B. Bioprodukte in großen Supermarktketten und Discountern) gesehen werden, wiegen die negativen Auswirkungen für die Praxispartner zumeist schwerer, insbesondere der entstehende Druck auf die Initiativen in Bezug auf Preisgestaltung, Qualitätsvorgaben usw. Kooperationen mit den großen Unternehmen der Branche (dazu zählen für die Praxispartner auch die großen Bioanbieter) werden von den meisten Praxispartnern als zu ungleich und teils sogar als Gefahr für das eigene wirtschaftliche Überleben wahrgenommen, weil bspw. Ansätze und Ideen übernommen und sie selbst vom Markt gedrängt werden können (Bsp. Regionalvermarktung).

Demgegenüber sind aus Sicht der Praxispartner gleichwertige Partnerschaften mit kleineren und mittelständischen Betrieben der etablierten Ernährungswirtschaft möglich. Die Praxispartner zeigen ihnen gegenüber mehr Verständnis für konventionelle Arten des Wirtschaftens, akzeptieren bspw. fehlende Biozertifizierungen, wenn geeignete ökologische und soziale Belange in der Produktion eine Rolle spielen sowie glaubhaft und nachvollziehbar vermittelt werden können. Zum Teil werden auch gemeinsam spezifische Produktionskriterien entwickelt, um nachhaltige Produktionsweisen zu kommunizieren und sich von anderen Wettbewerbern abgrenzen zu können. In diesen Kooperationen lassen sich im Sinne einer solidarischen lokalen Ökonomie durch den Aufbau lokaler und transparenter Strukturen und Beziehungen Nähe zu und Vertrauen in Produkte und Produzenten einfacher vermitteln als durch bürokratisch aufwendige, teure und in den Augen der Akteure oft wenig aussagekräftige Siegel und Zertifizierungen.

Netzwerkarbeit

Die Vernetzung mit anderen kleinen Betrieben und Akteuren wird als wichtige Strategie genannt, um gegenüber der konventionellen Ernährungswirtschaft an Gewicht zu gewinnen und die regionale Ernährungsversorgung mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu stärken. Darüber hinaus müssen auch alternative Produktions-, Versorgungs- und Konsumformen stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken und lokalpolitische Prozesse mitbestimmen

werden, da Gestaltungsfreiraum aufgrund weniger standardisierten Verfahren und weniger eingefahrenen Positionen gesehen wird. Folgende Ansätze der Netzwerkarbeit lassen sich somit identifizieren:

1. Enge wirtschaftliche Kooperationen,
2. Mitwirkung an politischen Prozessen auf lokaler und regionaler Ebene
 - a. Bildung politischer Zusammenschlüsse und Aktionsbündnisse mit anderen Initiativen zur gezielten Durchsetzung ernährungspolitischer Forderungen („sauberes Lobbying“)
 - b. Initiierung offener Dialoge und handlungsorientierter Ansätze heterogener Akteursgruppen (bspw. in Ernährungsräten).

Effektiv politisch handelnde Netzwerke finden sich bisher jedoch kaum. Gründe hierfür liegen in fehlenden Ressourcen (fehlende finanzielle Mittel und personelle Kapazitäten) sowie starkem wirtschaftlichen Druck auf die kleinen Unternehmen. Viele Praxispartner sind stärker mit dem eigenen Überleben beschäftigt, als dass sie sich systematisch der strategischen Netzwerkarbeit widmen könnten.

Bildung und Befähigung

Bewusstseins- und Kompetenzbildung stellen zentrale Bestrebung vieler Praxispartner dar. Durch die Schaffung von Lernangeboten und -räumen, in denen sinnliche und praktische Erfahrungen gemacht und ein erfahrbarer Bezug zu Umwelt und Ernährung hergestellt werden können, übernehmen sie proaktiv eine gesellschaftspolitische Bildungsfunktion. Häufig treten den jeweiligen Unternehmensformen angegliederte gemeinnützige Vereine als Bildungsakteure in schulischen und außerschulischen Settings an die Seite (Ernährungsbildung, Kommunikation, Konsumverhalten, Umweltschutz, Globalisierungs- und Wachstumskritik). Über die Bedeutung von Unternehmen im Bereich außerschulischer Bildung und einen damit verbundenen Bildungsauftrag jenseits oder in Opposition zum staatlichen Bildungssystem wurde kontrovers diskutiert.

Auch das „Lernen in eigener Sache“ („soziales und organisationales transformatives Lernen“), also die gemeinsame Entwicklung von Visionen und konkreten Gestaltungsideen sowie die Aneignung und Überarbeitung von hierzu notwendigem Wissen und Fertigkeiten findet innerhalb der Unternehmen statt. Der Aufbau und die Anwendung demokratischer Entscheidungsstrukturen und flacher Hierarchien stellen einen gewichtigen Teil dieses Lernprozesses dar. Dessen erfolgreicher Verlauf ist vielfach sogar ausschlaggebend, um eine interne Stabilisierung bzw. die allgemeine Stabilität der Unternehmungen zu erreichen. Dies erfordert zusätzliche Zeit und Ressourcen und bedarf einer gezielten Unterstützung in Form von Workshops u.ä..

Die optimale Betriebsgröße

Im Spannungsfeld betriebswirtschaftlicher und sozialer Stabilität gilt es unter Beibehaltung des transformativen Charakters (z.B. Einbezug von Prosumenten) die optimale Größe auszubalancieren. Dabei spielt soziales und organisationales Lernen eine Rolle (s.o.),

wobei insbesondere die interne Entwicklung einer Gruppenkultur wichtig ist. Es wird von den Praxispartnern darauf hingewiesen, dass bereits viele innovative Modelle und Regeln zur Organisation der kooperativen, solidarischen Unternehmen entwickelt worden sind. Insgesamt findet der Input des AP2 zu diesem Thema weitgehende Zustimmung. Ergänzt werden Stabilisierungsstrategien, die das Tätigkeitsfeld der Initiativen erweitern, bis hin zur kleinstteiligen Ausformung von „Patchwork-Ökonomien“. Die meisten Praxispartner beschreiben ihre Betriebsgröße als zu klein bzw. genau richtig, kein Unternehmen sieht sich als zu groß an. Durch kurze Wertschöpfungsketten und horizontalem statt vertikalem Wachstum könnte sich der Anteil transformativer Wirtschaftsformen im Ernährungsbereich durch Vervielfältigung im Sinne eines Open-source-Konzeptes vergrößern, ohne dass die einzelnen transformativen Unternehmungen durch zu rasches oder großes Wachstum sozial oder betriebswirtschaftlich instabil werden. Es wird – als eine weitere Form der Ausbreitung transformativer Unternehmungen – die „interne Verjüngung“ (Neugründung kleinster Einheiten) im Rahmen einer transformativen Netzwerkstruktur ergänzt.

Vorbildrolle

Die Praxispartner betonen ihre Vorbildrolle, insbesondere als Beispiele alternativen Wirtschaftens wahrgenommen zu werden. Sie setzen auf kooperative Organisationsstrukturen und eine von Solidarität geprägte Unternehmenskultur, beziehen Abnehmer und Lieferanten stärker ein als etablierte Unternehmen der Ernährungswirtschaft. Dabei spielen auch innovative, partizipative Methoden der Kommunikation und Entscheidungsfindung eine wesentliche Rolle. Viele Praxispartner befinden sich diesbezüglich in einem sozialen Lernprozess (s.o.).

Als praktische Vorbilder stehen sie Medien und anderen Interessierten offen mit Informationen usw. zur Verfügung. Auch betonen sie ihre Offenheit für neue Mitglieder und Teilnehmer, da sie nicht nur einen exklusiven Kreis von bereits mit der Thematik vertrauten Personen ansprechen möchten. Letzteres stellt jedoch noch eine zentrale Problematik dar: Wie können andere Milieus erreicht werden? Wie kann das Thema in die breite Masse ausstrahlen? Genügt es, für eine Transformation der Ernährungswirtschaft als Beispiel des „guten Lebens“ zur Verfügung zu stehen oder sind weitreichendere Aktivitäten notwendig?

Die Konzentration auf die Rolle als Vorbilder und Impulsgeber für andere Arten des Wirtschaftens und die Entwicklung überzeugender Beispiele geht auch auf die Einsicht zurück, gegenüber den etablierten Akteuren der Ernährungswirtschaft in einer schwächeren Position zu sein (s.o.). Die Praxispartner verfügen nicht über das nötige wirtschaftliche Gewicht, um große etablierte Unternehmen aus dem Markt zu drängen. Und auch in Kooperationen besitzen sie nicht hinreichend Handlungs- und Gestaltungsraum, um die etablierten (wirtschaftlichen) Strukturen entscheidend zu verändern. Was bleibt, ist die Konzentration auf Formen einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit kleinen etablierten Betrieben, denn hier bestehen für die Praxispartner durchaus Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Wirtschaften ihrer Partner. Auch können sie mittels Bildungs- und Befähigungsarbeit auf einen Bewusstseinswandel zuarbeiten, so dass sie indirekt (normativ, diskursiv) Wettbewerber beeinflussen können (oder zukünftig gar aus dem Markt drängen), dadurch, dass Bewusstsein geschaffen und Praktiken verändert werden. Die

Überzeugung möglichst vieler Menschen für nachhaltige Wirtschaftsweisen, für Aspekte des „guten Lebens“ steht strategisch im Vordergrund, weniger der wirtschaftliche Verdrängungswettkampf.

Makropolitische Hemmnisse und mikropolitische Möglichkeiten

Trotz der aufgezeigten Vorbildrolle bleibt das Bewusstsein der am Workshop teilnehmenden Praxispartner hinsichtlich ihrer politischen Interaktionsmöglichkeiten weitgehend klassisch geprägt. Institutionenpolitisches Agieren und die Adressierung klassischer institutionalisierter politischer Akteure (etwa gewählte politische Verantwortliche, Parteien, Interessensvertretungen) stehen im Zentrum ihres Politikverständnisses und weniger die Selbstreflexion des eigenen, individuellen radikaldemokratischen Engagements. So soll mittels Lobbying oder parteipolitischen Engagements in der Lokalpolitik Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden. Politik wird als Angelegenheit gewählter politischer Akteure oder Institutionen betrachtet, weniger als eigenverantwortliche und proaktive Gestaltung und Beeinflussung öffentlichen Raums. Anders sieht dies teilweise bei genossenschaftlich organisierten Unternehmen aus. Diese sind sich in stärkerem Ausmaß ihrer politischen Rolle bewusst, wahrscheinlich auch, weil ihre Rechtsform sowie Organisationsstruktur das etablierte Wirtschaftssystem bereits in Frage stellen, auch ohne dass diesbezügliche Unternehmensvisionen vorliegen müssen.

Die Verantwortung wird oftmals an den Staat abgegeben, indem die strukturelle Benachteiligung der Initiativen hervorgehoben sowie die Notwendigkeit veränderter Rahmenbedingungen unterstrichen wird: Politische Rahmenbedingungen, Verordnungen und Vorschriften (bspw. Zertifizierungsrichtlinien, Hygienevorschriften, Agrarsubventionen) erschweren in den Augen der Workshopteilnehmer das Vorankommen, die Stabilisierung und die Ausbreitung transformativer Unternehmungen und die Arbeit ihrer oft ebenfalls in kleinen Betriebsstrukturen organisierten Kooperationspartner. Die konstatierten hinderlichen Rahmenbedingungen verstärken dabei die weitere Macht- und Kapitalkonzentration und somit den Erfolg großer, konventioneller bzw. globaler Betriebsstrukturen. Entsprechend wird der Status quo der Agrar- und Wirtschaftspolitik offen kritisiert und „die Politik“ (hier als rahmensetzende und somit verantwortliche Steuerungsinstanz verstanden) explizit adressiert: Als schwächere Markt- und Wettbewerbsteilnehmer sehen die Praxispartner einen grundlegenden und notwendigen Förderungsbedarf für die von ihnen praktizierten Betriebs- und Wirtschaftsformen und einen Umgestaltungsbedarf der bisherigen politischen Rahmenbedingungen bspw. durch die Besteuerung oder Sanktionierung nicht-nachhaltig wirtschaftender (konventioneller) Unternehmen. Als mögliche Ausgestaltungformen werden hierbei u.a. in die Diskussion gebracht:

- Begünstigung kleinerer Unternehmen bei der kommunalen Flächenvergabepolitik,
- Besteuerung des Pestizideinsatzes,
- Förderung des ökologischen Landbaus und kleinbäuerlicher Strukturen,
- Etablierung flächendeckender Infrastrukturen für Ernährungsbildung,
- Ermöglichung landwirtschaftlicher Ausbildung in den transformativen Unternehmen.

Deutlich weisen die Beteiligten allerdings auf ihre begrenzten Möglichkeiten und Aktionsradien hin, die der Schaffung eines ernstzunehmenden politischen Gegengewichts zum Status quo der Land- und Ernährungswirtschaft im Wege stehen. Ungleiche Macht- und Ressourcenverhältnisse und die Beharrungskräfte der etablierten Wirtschaftsformen finden sich entsprechend in der stark von Lobbyismus geprägten Ernährungs- und Agrarpolitik wieder. Wie genau daher Rahmenbedingungen verändert werden sollen, bleibt vielmals vage. Zwar verweisen die Praxispartner auf diverse Hebel, mittels derer auf die lokale Politik eingewirkt werden könne, beispielsweise Einflussnahme auf die lokale Beschaffungspolitik. Eine umfassende Veränderung, beispielsweise im Sinne einer ausgeweiteten ökologischen Steuerreform, einer besseren Internalisierung externer Effekte, ist erwünscht, bleibt aber hinsichtlich der genauen Ausgestaltung vage. Konkretere Vorstellungen bestehen hinsichtlich der Flächenvergabepolitik. Diese wird als zentrale Stellschraube erachtet, um nachhaltiges Wirtschaften überhaupt zu ermöglichen. Durch veränderte kommunale Landvergabe, bei der einerseits weniger auf die Erschließung von neuem Bauland gesetzt wird und andererseits auch kleinere und finanzschwächere Betriebe Nutzungs- und Pachtmöglichkeiten erhalten, könnten transformative Unternehmen ihre Produktion ausweiten und Orte des Wandels etablieren. Dies gilt insbesondere im Umfeld wachsender Städte, wo der Zugang zu nutzbaren Flächen eine zunehmend bedeutsame Herausforderung darstellt.

Fazit

Die Praxispartner sind wichtige Vorbilder einer anderen Art zu wirtschaften. Sie zeigen auf, wie kooperative, solidarische Unternehmen gelingen, wie Menschen integriert und befähigt werden können, wie andere Arten von Wohlfahrt das Leben bereichern können. Dennoch gilt es, stärker auf strategische Bündnisse und Netzwerke zu setzen und sich der eigenen Mikropolitiken bewusst zu werden. Die politischen Möglichkeiten erstrecken sich nicht nur das Adressieren politischer Entscheidungsträger. Sie ergeben sich Tag für Tag, indem sich die Unternehmen und Initiativen Räume aneignen, etablierte Selbstverständlichkeiten durch Gegenentwürfe in Frage stellen und selbstbewusst und öffentlichkeitswirksam transformative Formen des Wirtschaftens praktizieren.